

[Ihr Name]
[Straße]
[PLZ Ort]

[Empfängername]
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum

**Unsere ambulante Gesundheitsversorgung ist in Gefahr;
Stoppen Sie die Abschaffung der Neupatientenregelung**

Sehr geehrte/r Herr/Frau Abgeordnete/r [Empfängername],

angesichts des geplanten GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes mache ich mir Sorgen, dass ich im nächsten Jahr nicht mehr von meinen Ärztinnen und Ärzten wie gewohnt versorgt werden kann. Ich habe in meiner Praxis erfahren, dass die im Gesetz enthaltene Streichung der Neupatientenregelung dazu führen wird, dass:

- die Praxen nicht mehr so viele gesetzlich Versicherte wie bisher behandeln werden,
- Patienten somit wieder länger auf Arzttermine warten müssen und
- Neupatienten noch schwieriger eine neue Praxis finden.

Ich kann das nicht verstehen: Vor nur drei Jahren hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach – damals noch als Bundestagsabgeordneter – die Neupatientenregelung mitbeschlossen, weil er sie richtig fand. Damals hieß es, dass die Versorgung neuer Patienten in den Praxen zeitaufwändiger ist als die Versorgung von Patienten, die in der Praxis gut bekannt sind. Daran hat sich doch nichts geändert? Warum also eine Regelung abschaffen, die sinnvoll ist?

Ich wünsche mir, dass meine Praxis auch künftig für mich da ist und mich auch dann behandelt, wenn ich mal keinen Termin habe. Ich wünsche mir, dass mein Hausarzt auch in den nächsten Jahren Interesse daran hat, seine Praxis weiterzuführen und sie nicht aus Frust aufgibt.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Neupatientenregelung nicht gestrichen wird und sorgen Sie damit dafür, dass ich und viele andere gesetzlich versicherte Patienten auch in Zukunft zu einem Arzt gehen können, wenn sie ihn dringend benötigen. Noch kann das Gesetz verhindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

[Ihr Name]